Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 101 (2007)
Heft: 9

Artikel: Geschichtsrevisionismus auf Italienisch : Die Vergangenheitspolitik der "Casa delle libertà"
Autor: Mattioli, Aram
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-389900

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aram Mattioli

Geschichtsrevisionismus auf Italienisch

Die Vergangenheitspolitik der «Casa delle libertà»

Aram Mattioli, Ordinarius für Allgemeine und Schweizer Geschichte der Neuesten Zeit an der Universität Luzern, hat sich seit seinem vor zehn Jahren erschienenen Buch über Gonzague de Reynold als Kenner des Rechtsextremismus und des Faschismus einen Namen gemacht. Unsere Leserinnen und Leser erinnern sich an Aram Mattiolis Artikel über «Italiens Besatzungsterror in Äthiopien» im Aprilheft 2007 der Neuen Wege. Im redaktionellen Lead war damals die Rede von einer «notwendigen Aufarbeitung dieser Geschichte in einer Zeit, in welcher der Faschismus, zumal der italienische, wieder verharmlost wird, von Berlusconis Bezeichnung der faschistischen Diktatur als ‹gutartig› bis zu den gefälschten Mussolini-Tagebüchern». Wie erschreckend weit dieser «Geschichtsrevisionismus» unter der vormaligen Mitte-Rechts-Regierung schon gediehen ist, zeigt uns der Verfasser im folgenden Beitrag.

Red.

Antifaschistischer Gründungsmythos der Republik

Über Jahrzehnte hinweg beruhte der *Grundkonsens* der 1946 gegründeten Republik Italien auf der Überzeugung, dass die Italiener die faschistische Diktatur (1922–1945) aus eigener Kraft überwunden und als antifaschistische Freiheitskämpfer mit der Waffe in der Hand bei der Befreiung des Landes mitgewirkt hätten. Der *bewaffnete Widerstandskampf* stieg zum Gründungsmythos der Republik Italien auf. So war und ist die 1948 in Kraft gesetzte *Verfassung* ganz dem Geist des republikanischen Antifaschismus verpflichtet. Alljährlich setzten die Spitzen des Staates den antifaschistischen Gründungskonsens am *Nationalfeiertag* des «25 aprile» in Szene. Bis heute erinnern in Nord- und Mittelitalien Tausende von Erinnerungstafeln, von goldenen Auszeichnungen an Städte, Dörfer und Provinzen, von Denkmälern und von Namen öffentlicher Gebäude und Strassen an die Widerstandsjahre.

Jahrzehnte lang feierte man die Resistenza als wichtigstes Ereignis der italienischen Nationalgeschichte. «Die Resistenza-Erfahrung», stellte der Historiker *Jens Petersen* 1992 fest, «schuf ein tiefsitzendes, existenzprägendes Generationsbewusstsein, das als politisch-kulturelles Phänomen bis weit in die Nachkriegszeit gewirkt hat.» Seinen Höhepunkt erlebte der Resistenza-Mythos zwischen 1963 und 1985, in den beiden Jahrzehnten zwischen dem Eintritt des *Partito Socialista Italiano (PSI)* in die von der Democrazia Cristiana geführten Regierungen und dem Ende der Präsidentschaft von *Sandro Pertini,* einem dezidierten Antifaschisten und ehemaligen Partisanen.

Der Resistenza-Mythos wirkte sich positiv wie negativ auf die italienische Nachkriegsentwicklung aus. Freilich begünstigte er die Herausbildung und Verankerung einer *demokratischen Kultur,* indem er der Republik Italien eine krisenfeste Legitimationsgrundlage

verschaffte und über Schichten- und Milieuzugehörigkeiten hinaus integrierend wirkte. Er bildete gleichsam das «Retourbillett», mit dem Italien die Rückkehr in den Kreis der freien Nationen antrat. Als hegemoniale Erzählung verurteilte er die «Duce»-Nostalgiker zu einem Randdasein.

Gleichzeitig führte er aber auch zu einer *irritierenden Verdrängung* der faschistischen Vergangenheit aus der kollektiven Erinnerung. Zuweilen wusch der Resistenza-Mythos auch die blutverschmierten Westen von faschistischen Tätern weiss, die rechtzeitig die Seiten gewechselt hatten. So räumte ein *Alpini*, der im besetzten Jugoslawien Dörfer niedergebrannt, Geiseln erschossen und Frauen vergewaltigt hatte, offen ein: «Als meine Augen geöffnet wurden, was konnte ich da tun? Ich wurde ein Partisan.»

Seit den frühen 1990er-Jahren verlor der Resistenza-Mythos jedoch kontinuierlich an gesellschaftlicher Verbindlichkeit. Dass dieser nun auf den Prüfstand kam, dafür gab es zahlreiche Gründe. Je mehr Zeit verging, desto mehr Mitglieder aus der Generation der antifaschistischen Staatsgründer traten von der politischen Bühne ab, darunter auch Symbolfiguren wie *Ferrucio Parri, Alcide De Gasperi, Giuseppe Saragat, Palmiro Togliatti, Leo Valiani, Luigi Einaudi* und *Sandro Pertini.* Die nachfolgende Politikergeneration war schon biographisch weniger durch die Erfahrungen der Weltkriegsepoche und die Kultur des Antifaschismus geprägt. Schweren Schaden zugefügt hat dem Resistenza-Mythos der beispiellose *Korruptionsskandal,* der die alte *«partitocrazia»* 1992/93 in sich zusammenbrechen liess und mit ihm die alte «politische Klasse» fast von einem Tag auf den anderen wegspülte.

Massenbeeinflussung und Personenkult: Soldaten und Angehörige der faschistischen Jugendorganisation Italiens auf einem M-förmigen Triumphbogen begrüssen den Duce auf einer Fahrt durch das Aostatal im Jahr 1939 (Bild:Spektrum der Weltgeschichte, Time-Life Books 1989).

«Gute» Faschisten ...

Die Gunst der Stunde nutzend ritt die seit den frühen 1990er-Jahren erstarkende Rechte, die in einer vom Medienunternehmer *Silvio Berlusconi* angeführten Koalition 1994 für neun Monate die Regierung stellte, in der für den Movimento Sociale Italiano (MSI) erstmals auch *Politiker neofaschistischer Herkunft* sassen, zunehmend schärfere Attacken gegen die von der Resistenza-Erfahrung geprägte Erinnerungskultur. Kurz nach den Parlamentswahlen, in denen der MSI

mit 13,5 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seiner Geschichte erzielt hatte, bezeichnete ihr Leader *Gianfranco Fini* den 1945 von einem Partisanenkommando hingerichteten *Benito Mussolini* als «grössten Staatsmann des 20. Jahrhunderts». Kurz danach meinte *Irene Pivetti* von der Lega Nord, die junge Präsidentin der Abgeordnetenkammer, dass Mussolinis paternalistische Diktatur *gut für die Frauen* gewesen sei. Als die «Casa delle libertà» von Silvio Berlusconi 2001 die Parlamentswahlen erneut gewann, konnte Italiens Rechte erstmals aus der Regierungsverantwortung heraus den Versuch unternehmen, die antifaschistische Hegemonie im Bereich der Erinnerungskultur zu brechen und diese in ihrem Sinn umzugestalten.

Wer vor Augen hat, wie man heute in der Bundesrepublik Deutschland offiziell der *Verbrechen des NS-Regimes* gedenkt, wird bei einem Aufenthalt in Italien schnell bemerken, dass hier manches ganz anders ist. Nicht als Dauerzustand denkbar ist im heutigen Deutschland, dass eine Getränkefirma Weinflaschen mit Adolf Hitler- und Benito Mussolini-Etiketten vertreiben könnte, wie das ein Unternehmen aus der Provinz Treviso seit einigen Jahren mit Erfolg praktiziert. In einigen italienischen Autobahnraststätten und Läden steht der Merlot aus dem Veneto zum Verkauf, ohne dass sich die Gerichte zum Eingreifen genötigt sähen. Undenkbar wäre in der Bundesrepublik Deutschland auch, dass sich der Obersalzberg bei Berchtesgaden ähnlich wie Predappio, Mussolinis in der Romagna gelegenen Geburtsstadt, unter den Augen der Behörden und zur Freude der ortansässigen Souvenirhändler zu einem *Wallfahrtsort der extremen Rechten Europas* entwickeln könnte. Nicht möglich ist in Deutschland, dass Städte und Kommunen ehemalige NS-Politiker durch öffentliche Gesten ehren, wie dies in dem von der «Casa delle libertà» regierten Italien möglich war.

Einige von der Alleanza Nazionale regierte Ortschaften begannen 2001 damit, angeblich «gute» Faschisten durch öffentliche Anerkennungsgesten zu rehabilitieren. So wurde das Schwimmbad von Aquila nach *Adelchi Serena* (1895–1970) benannt, dem ehemaligen Podestà der Stadt und Generalsekretär des Partito nazionale fascista. Auf dem Lungomare von Bari errichtete man zu Ehren von *Araldo di Crollalanza* (1892–1986), dem faschistischen Ex-Minister für öffentliche Arbeiten und langjährigen MSI-Senator, eine Bronzebüste. In dem in der Nähe von Cattania auf Sizilien gelegenen Dorf Tremestieri Etneo wurde eine Strasse nach Benito Mussolini benannt, während man an der Wand einer Volksschule von Palmanovo das aus der Mussolini-Zeit stammende Motto «Credere, obbedire, combattere» restaurieren liess. Als italienische Anomalie bezeichnet werden muss auch der Umstand, dass 2001 am Kabinettstisch der Regierung Silvio Berlusconi nicht nur Politiker Platz nahmen, die im neofaschistischen MSI Karriere gemacht hatten, sondern mit *Mirko Tremaglia,* dem Minister für die Auslanditaliener, erstmals auch ein *bekennender Altfaschist,* der als junger Mann noch mit der Waffe in der Hand für Mussolinis Kollaborationsregime gekämpft hatte.

... und «gutartige» Diktatur

Bei allen Feinunterschieden zwischen den Positionen von Forza Italia, Alleanza Nazionale und Lega Nord war die von Berlusconis Mitte-Rechts-Bündnis seit 2001 verfolgte Erinnerungspolitik durch Verharmlosung und eine partielle Aufwertung der faschistischen Diktatur charakterisiert. «Im offiziellen Sprachgebrauch der Mitte-Rechts-Parteien», hat der Zeithistoriker *Paul Ginsborg* festgehalten, «gilt der Faschismus als nicht gar so schlimm, Mussolini sei durch Hitler vom Wege abgekommen, und erst nach der Einführung der berüchtigten Rassengesetze 1938 sei das Regime entgleist.» Für manche Exponenten innerhalb der

«Casa delle libertà» stellt das Mussolini-Regime tatsächlich nicht eine ohne Wenn und Aber verdammungswürdige Diktatur dar. Der Faschismus sei erst unter dem Einfluss des nationalsozialistischen Deutschland, dem von aussen über Italien gekommenen Bösen, aus dem Ruder gelaufen.

So bezeichnete Premier Silvio Berlusconi die faschistische Diktatur in einem Interview mit dem «Spectator» im Spätsommer 2003 als «gutartig» und behauptete gegen alle Fakten, dass der «Duce» und seine Schergen *nie gemordet* und die Antifaschisten bloss auf Inseln wie Ponza und Ventotene in die Ferien geschickt hätten. Als bei der Opposition und im Ausland daraufhin ein Sturm der Entrüstung losbrach, verteidigte sich Berlusconi damit, dass er als italienischer «Patriot» Mussolini lediglich vor einem unangemessenen Vergleich mit dem Massenmörder Saddam Hussein habe in Schutz nehmen wollen.

Dass es sich dabei nicht um eine einmalige Unbedachtsamkeit handelte, bewies der Herr der Peinlichkeiten im Dezember 2005, nur wenige Monate vor dem Ablauf der Legislaturperiode. Während eines Pressegesprächs gab Berlusconi vor einer Vielzahl von Journalisten zu Protokoll, dass der *Faschismus nie «kriminell»* gewesen sei: «Es gab die fürchterlichen Rassengesetze, weil man den Krieg zusammen mit Hitler gewinnen wollte. Der Faschismus in Italien besitzt einige Makel, aber nichts dem Nazismus oder Kommunismus Vergleichbares.»

Von einem Journalisten beim gleichen Pressetermin auf *Paolo Di Canio,* den Kapitän des Fussballvereins Lazio Rom angesprochen, der die rechtsextremen Anhänger seines Vereins wenige Tage zuvor in einem Spiel gegen Juventus Turin zum dritten Mal innerhalb eines Jahres mit dem «römischen Gruss» entzückt hatte, stritt Silvio Berlusconi ab, dass dieser eindeutigen Geste irgendeine Bedeutung zukomme. Die Äusserung des Premierministers war umso unverständlicher, als es sich bei Di Canio um einen notorischen Mussolini-Verehrer handelt, der als Tätowierung das Wort «Dux» auf seinem rechten Unterarm trägt. In vielen anderen Demokratien Europas hätte Berlusconi dieser skandalösen Aussagen wegen zurücktreten müssen, nicht so aber in Italien.

Heimliche «Duce»-Faszination

Dieses erstaunliche Faktum findet eine Erklärung darin, dass sich in einem gar nicht so kleinen Teil der italienischen Öffentlichkeit ein allzu nachsichtiges, von heimlicher Faszination geprägtes «Duce»-Bild abgelagert hat, das sich als erstaunlich immun gegen die von der Forschung erarbeiteten Erkenntnisse zeigt. Mussolini ist vor allem deshalb populär, weil er Italien angeblich Respekt in der Welt verschafft habe. Jedenfalls kann man an vielen italienischen Kiosken bis heute Mussolini-Kalender und an einigen Adriastränden auch Postkarten und Kochschürzen mit «Duce»-Porträts erstehen. Keineswegs nur unter den Theken dubioser Militarialäden werden Tonträger mit Mussolini-Reden angeboten. Selbst höchste Repräsentanten des Staates meinen hin und wieder, an die angeblich staatsmännischen Verdienste Mussolinis erinnern zu müssen. In einem Interview, in dem der frühere Staatspräsident *Francesco Cossiga* Ende Dezember 2005 seinen endgültigen Rückzug aus der Politik bekannt gab, meinte der ehemalige Spitzenpolitiker, dass das geeinte Italien seit 1861 nur vier wirkliche Staatsmänner hervorgebracht habe: den Staatsgründer *Camillo Cavour,* den liberalen Reformer *Giovanni Giolitti* in der Epoche des Ersten Weltkrieges, den DC-Politiker *Alcide De Gasperi,* der Italien nach dem Zweiten Weltkrieg als demokratische Republik wieder begründete, und abgesehen vom Zerstörerischen in seinem Charakter und seinem Grössenwahn auch Benito Mussolini, weil dieser das Land in seiner Regierungszeit modernisiert habe.

Passend zu all dem kann man von der Staatsstrasse 4 aus bis heute auf einem Bergzug bei Antrodoco in der Provinz Rieti einen überdimensionierten, von einer Waldpflanzung erzeugten Schriftzug «*DUX*» ausmachen, der 1938/39 angelegt worden ist. Finanziert durch die Region Latium wurde diese Hommage an den Diktator erst kürzlich durch Zurückschneiden wieder in den Ursprungszustand zurückversetzt, weil es sich angeblich um ein erhaltenswertes historisches Monument handle.

Anfang 2004 erwogen Lokalpolitiker der Alleanza Nazionale sogar die 1936 in Fels gemeisselten Gesichtszüge Mussolinis bei der Furlo-Schlucht nahe von Urbino wieder herrichten zu lassen, um damit angeblich mehr Touristen in die Gegend zu locken. Nach dem 8. September 1943 war das «Duce»-Profil von einem Partisanenkommando gesprengt und fast vollständig zerstört worden. Und noch 2006 liess das italienische Olympische Komitee den in den ehemaligen faschistischen Sportstätten im Norden Roms zu Ehren Mussolinis aufgestellten Obelisken restaurieren. Bis heute wird dieser allabendlich angestrahlt, trotz seiner Inschrift: «*Mussolini Dux*».

Revisionismus als Antikommunismus

In Berlusconis revisionistischer Deutung des 20. Jahrhunderts ist die Behauptung zentral, dass nicht der Nationalsozialismus und schon gar nicht der Faschismus, sondern der *Kommunismus* das «unmenschlichste Unternehmen der Geschichte» gewesen sei. Als «Antikommunist ohne Komplexe», wie er sich selbst zu bezeichnen pflegt, hält es der Chef von Forza Italia für eine «moralische Pflicht», zunächst und vor allem die Erinnerung an die Gewaltverbrechen der kommunistischen Regime wach zu halten.

Am 27. Januar 2006, dem Gedenktag für die *Opfer der Shoah,* bezeichnete er den Massenmord am europäischen Judentum zwar als «Wahnsinn» («follia»). Doch neben dem Nazismus habe es auch einen kommunistischen Totalitarismus gegeben, der weit mehr Opfer auf dem Gewissen habe als Hitlers Deutschland. Obwohl sich diese Verbrechen nicht auf italienischem Boden zugetragen hatten, war klar, wen der Premier mit Aussagen wie diesen diskreditieren wollte: den *Partito comunista italiano,* der in den frühen 1950er-Jahren zwar stalinistische und orthodox sowjetische Positionen vertreten hatte, aber bereits unter Generalsekretär *Enrico Berlinguer* (1972–1984) auf glaubwürdige Distanz zu ihnen gegangen war. Diskreditiert werden sollten dadurch auch die verschiedenen Nachfolgeparteien des Partito comunista italiano und das Mitte-links-Lager ganz allgemein.

Besessen von der Vorstellung, dass alle seine *politischen Gegner* unterschiedslos *Kommunisten* seien, die in Italien ein (krypto-)kommunistisches Regime einführen wollten, versuchte Berlusconi nicht nur Wählerstimmen zu gewinnen, sondern auch der antifaschistischen Gedenkkultur den Todesstoss zu versetzen. Das revolutionäre Modell, das die italienischen Kommunisten während der Resistenza inspiriert habe, sei eine Vorstufe zu einer «bolschewistischen Revolution» nach sowjetischem Muster gewesen. Eine moderne demokratische Nation könne sich lediglich dann wirklich antitotalitär nennen, wenn sie sich zur selben Zeit antifaschistischen und antikommunistischen Werten verpflichtet wisse, wurde Berlusconis Revisionismus in einer Internetzeitung von Forza Italia publikumswirksam umschrieben.

Wie ernst es dem Premier mit seinem antitotalitären Bekenntnis war, zeigte sich während des *Wahlkampfes 2006*. Um ein paar zusätzlicher Stimmen wegen schloss der Führer der «Casa delle libertà» Bündnisse mit Parteien am neofaschistischen Rand des politischen Spektrums: mit der *Alternativa Sociale* von *Alessandra Mussolini* («Besser Faschistin als schwul!») und der *MSI-Fiamma tricolore* von *Luca Romagnoli* («Man kann nicht einfach be-

haupten, der Faschismus sei das absolute Übel gewesen.»). Seit seinem Einstieg in die Politik legte Silvio Berlusconi, der mit Forza Italia das Erbe der Democrazia Cristiana antreten wollte, keine Berührungsängste gegenüber der extremen Rechten an den Tag. Schon 1994 hatte er Exponenten des MSI und der fremdenfeindlichen Lega Nord in seine erste Regierung geholt und dadurch ein Stück weit gesellschaftlich salonfähig gemacht. Alessandra Mussolini, eine Enkelin des Diktators, dankte es dem Premier im Februar 2005 damit, dass sie diesen als «wahren Leader» bezeichnete.

Dass *bürgerliche Parteien* mit ultrarechten Bewegungen paktieren, ist eine italienische Eigentümlichkeit und nach westeuropäischen Wertmassstäben völlig unüblich, wenn man an Länder wie Frankreich, Deutschland und die Schweiz denkt. «Es tut mir weh», stellte die Christdemokratin *Tina Anselmi,* die als junge Frau dem antifaschistischen Widerstand angehört hatte, unlängst bitter fest, «dass man heute in Italien wieder Faschist sein kann, ohne dass sich jemand daran stört.»

Neue Symbolpolitik

In Berlusconis neuem Italien äusserte sich der Geschichtsrevisionismus nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch in einer entsprechenden Symbolpolitik. Während seiner Amtszeit zeigte der Premier dem Nationalfeiertrag des «25 aprile», der an die Befreiung des Landes erinnert, immer öfter die kalte Schulter. 2005, anlässlich des 60. Jahrestages der «Liberazione», liess er sich an der zentralen Feier in Mailand, immerhin einem offiziellen Staatsakt, an dem Präsident *Carlo Azeglio Ciampi* mitwirkte, entschuldigen. Manche Minister und Politiker der Alleanza Nazionale suchen am «25 aprile», der bei ihnen als «rotes Fest» geächtet ist, seit jeher lieber die *Gräber von faschistischen Milizionären* der Repubblica Sociale Italiana auf. Mit diesen Akten von hoher Symbolkraft brüskieren sie jeweils nicht nur die Kämpfer der Resistenza, sondern auch die zahlreichen Opfer der deutschen Okkupation und der faschistischen Kollaboration.

Nach dem Wahlsieg von 2001 wurde innerhalb der neuen Mitte-Rechts-Mehrheit laut darüber nachgedacht, den Nationalfeiertag des 25. April in eine «festa della libertà» gegen jede Form des Totalitarismus umzuwandeln. Den 25. April seines traditionellen Sinns zu entleeren, hätte jedoch scharfe Einsprüche und vielleicht sogar Massenproteste ausgelöst, weil der Antifaschismus in den Mitte-Links-Kreisen die Identitäten nach wie vor stark prägt. Deshalb entschied sich das rechte Regierungslager schliesslich für einen anderen Weg. Durch die *Kreation neuer Gedenktage* sollte die Erinnerungslandschaft entscheidend verändert und das Band zwischen Antifaschismus, Resistenza und Verfassung gelockert, wenn nicht gar gekappt werden.

Vor der Regierungsübernahme der «Casa delle libertà» gab es in Italien bereits *drei Nationalfeiertage,* in deren Zentrum Ereignisse der jüngsten Geschichte standen. Neben dem 25. April, dem wichtigsten unter ihnen, waren dies der 2. Juni, der Gründungstag der Republik, und der 4. November, das «Fest der nationalen Einheit und der Streitkräfte», an dem seit 1922 an den Sieg im Ersten Weltkrieg gedacht wird. Zusätzlich zu diesen Nationalfeiertagen führte Italien im Jahr 2000 unter der *Ulivo-Regierung* von *Giuliano Amato* den 27. Januar als eine *«Giornata della Memoria»* ein. An diesem Tag, an dem die «Rote Armee» 1945 das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreite, gedenkt man seither auch in Italien der sechs Millionen Toten der Shoah und der Opfer des faschistischen Staatsantisemitismus. Sich der Bedeutung dieses Gedenktages durchaus bewusst, hatten auch manche Abgeordnete des Mitte-Rechts-Lagers für ihn gestimmt. International gesehen kannte Italien damit bereits überdurchschnittlich viele historische Gedenkanlässe.

Um die bislang von den antifaschistischen Kreisen dominierte Erinnerungskultur in ihrem Sinn umzupolen, beschlossen die von der «Casa delle libertà» beherrschten Kammern des italienischen Parlaments 2004 und 2005, *zwei neue Gedenktage* einzuführen: den 10. Februar und den 9. November. Am 10. Februar 2005 wurde auf der Apenninenhalbinsel erstmals offiziell der 8000 Landsleute, die 1943 und 1945 von Tito-Partisanen ermordet wurden, und des Massenexodus von Italienern aus Istrien, Fiume und Dalmatien gedacht. Der Pariser Friedensvertrag hatte diese Gebiete 1947 Jugoslawien zugesprochen, worauf es bis 1954 rund 300 000 Italiener vorzogen, ihre alte Heimat zu verlassen.

Mit dem fast oppositionslos beschlossenen *«Giorno del Ricordo»* fanden zum ersten Mal Ereignisse Eingang in Italiens offizielle Gedenkkultur, die während des Kalten Krieges den Neofaschisten als politische Munition gegen die Kommunisten, aber auch als nationalistische Kritik an den ersten Nachkriegsregierungen, die angeblich Teile des italienischen Staatsgebietes ausverkauft hätten, gedient hatten. Kritische Intellektuelle wie *Claudio Magris, Angelo Del Boca* und *Giacomo Scotti* wiesen vergeblich darauf hin, dass die Italiener im romanisch-südslawischen Grenzraum nicht nur Opfer, sondern nach 1922 auch Täter waren. Der neue Gedenktag verneble, weshalb Titos Partisanen am Ende des Zweiten Weltkriegs mehrere tausend Italiener zu zweit aneinander gefesselt in Karstschlünde («foibe») stiessen und darin kläglich umkommen liessen. Dabei handelte sich immer auch um Vergeltungsaktionen für die italienische Okkupationspolitik auf der Balkanhalbinsel, die zwischen 1941 und 1943 Zehntausenden von Jugoslawen und Griechen das Leben gekostet hatte.

Während der «Giorno del Ricordo» eindeutig die erinnerungspolitische Handschrift der postfaschistischen Alleanza Nazionale trägt, ging das Projekt, am 9. November einen *«Giorno della Libertà»* zu begehen, aus den Reihen von Forza Italia hervor. Mit den Stimmen der Mitte-Rechts-Mehrheit hiess die Abgeordnetenkammer am 6. April 2005 einen weiteren Gedenktag gut. Der «Giorno della Libertà» erinnert seither an den *Fall der Berliner Mauer* im Jahr 1989, «jenes Symbolereignis für die unterdrückten Länder» Osteuropas, wie es im Gesetzestext heisst, und den sich daran anschliessenden Zusammenbruch des Ostblocks. In öffentlichen Zeremonien und vertiefenden Lektionen an den Schulen soll in Italien künftig der weltgeschichtlichen Zäsur von 1989 gedacht und gleichzeitig sollen die «Werte der Freiheit und der Demokratie gegen den kommunistischen Totalitarismus» beschworen werden.

Anders als der «Giorno del Ricordo» stiess dieser Gedenktag in den Reihen der Mitte-Links-Opposition auf einen breiten Widerstand. Der allein in Italien eingeführte Gedenktag sei *auf dem rechten Auge blind,* weil er sich einseitig gegen die kommunistischen Gewaltherrschaften richte. Mit ihm wolle man letztlich die antifaschistische Geschichte des PCI und seiner politischen Erben verunglimpfen. Sein eigentliches Ziel bestehe darin, den «25 aprile» so zu unterhöhlen, dass er am Ende ganz abgeschafft werden könne, argumentierten die Gegner. Wenngleich das Mitte-Rechts-Bündnis bisher (noch) keine Gesetzesinitiative in dieser Richtung einbrachte, steht heute schon fest, dass der Tag der Befreiung seit 2001 zu einer Kommemoration unter vielen anderen herabgesunken ist.

Warum kein Gedenktag für die 500 000 Toten der italienischen Kolonialherrschaft?

Nach langen Jahrzehnten, in denen die Geschichtsbilder der Rechten ein kulturelles Randdasein geführt hatten, bot sich nach dem Wahlsieg der «Casa delle libertà» erstmals nach 1945 die Gelegenheit, die nationale Erinnerungskultur in

ihrem Sinn umzubauen. Berlusconi hat in seiner schönen neuen Welt nicht nur die faschistische Diktatur in Teilaspekten rehabilitiert, sondern auch *anrüchige Wahlallianzen* mit neofaschistischen Parteien geschlossen. Über die *geballte Medienmacht* des Regierungschefs brachten die Exponenten von Mitte-Rechts mit einigem Erfolg die Meinung unter die Leute, nicht das nationalsozialistische Deutschland und schon gar nicht das faschistische Italien, sondern die kommunistischen Diktaturen seien das schrecklichste Übel im Europa des 20. Jahrhunderts gewesen. Als taktisch geschickt erwies sich der Schachzug, zwei neue Gedenktage einzuführen. Durch sie wurden die Gewichte innerhalb der bisherigen Erinnerungslandschaft zu Gunsten der Rechten verschoben.

Die revisionistische Erinnerungspolitik der «Casa delle libertà» entfernte die Bürger vom neuesten Stand des Wissens, den die Forschung über das faschistische Italien und ihre menschenverachtende Expansions- und Besatzungspolitik in Afrika und auf dem Balkan erarbeitet hat. So spielen die scheusslichen *Kriegs- und Besatzungsverbrechen,* die das faschistische Italien in Libyen, Äthiopien, Jugoslawien, Griechenland und wohl auch in Russland beging, bis heute keine wirkliche Rolle in der öffentlichen Gedenkkultur. Bezeichnenderweise verhallte der dringende, seit 2002 mehrfach vorgetragene Appell des renommierten Turiner Historikers *Angelo Del Boca,* einen Gedenktag für die 500 000 Toten der italienischen Kolonialherrschaft einzurichten, in der Regierungszeit Silvio Berlusconis ungehört.

Nach Berlusconis knapper Wahlniederlage vom April 2006 wünschen sich viele Bürger von der neuen Regierung unter *Romano Prodi,* dass sie das Band zwischen Antifaschismus und politischer Kultur wiederbelebt, damit der Geschichte durch Aufrechnen, Verharmlosen und Ignoranz nicht weiter Gewalt angetan werde. Aus Erfahrung klug geworden, scheint eine wachsende Zahl von Italienern erstmals bereit, sich mit der *ganzen* Geschichte und damit endlich auch mit den verbrecherischen Seiten der faschistischen Diktatur auseinanderzusetzen.

Einiges an Feingefühl in symbolischen Fragen bewies bisher der neu gewählte Staatspräsident *Giorgio Napolitano,* ein ehemaliger Kommunist und heutiger Linksdemokrat. Für seinen ersten Auftritt ausserhalb der Hauptstadt wählte er im Mai die ehemalige Gefängnisinsel Ventotene, auf der zur Zeit der faschistischen Diktatur Hunderte von Regimegegnern interniert waren. Mit dem 1986 verstorbenen Antifaschisten *Altiero Spinelli* ehrte er dort einen ehemaligen Dissidenten, der sich Europa schon 1941 als geeinten Bundesstaat demokratischer Bürger erträumt hatte. •

War alles nichts? Bologna Mai 1945: Spiessrutenlauf dreier Kollaborateurinnen nach der Niederlage des Faschismus (Bild: Werner Wolff, Black Star).